

• Konferenz Bericht

Bonn Symposium 2017

sef:

Lokale Partnerschaften. Die Agenda 2030 weltweit gemeinsam umsetzen

Rebekka Hannes

Eine grundlegende Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit kann nur gelingen, wenn die Gesellschaft mit vereinten Kräften darauf hinarbeitet. Partnerschaften zwischen verschiedenen Akteuren innerhalb von Städten und Regionen sowie Partnerschaften und Netzwerke zwischen Städten spielen dabei eine tragende Rolle. Viele Menschen engagieren sich vor Ort für mehr Nachhaltigkeit im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), oft ohne die Ziele als solche überhaupt zu kennen. Meist geht es ihnen um pragmatische Ziele: den Verkehr verringern, Energie sparen oder weniger Müll produzieren.

Was sind gute Beispiele für Partnerschaften in und zwischen Kommunen in unterschiedlichen Weltregionen? Wie kann auf bestehende Partnerschaften aufgebaut werden? Was sind Erfolgsfaktoren lokaler Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung? Diese Fragen diskutierten 130 Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Städtenetzwerken, internationalen Organisationen sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus verschiedenen Weltregionen am 5./6. Dezember beim Bonn Symposium 2017. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Lokale Partnerschaften. Die Agenda 2030 weltweit gemeinsam umsetzen“. Eingeladen hatten die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) zusammen mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global gGmbH, dem Land Nordrhein-Westfalen und weiteren Unterstützern.



Gesine Schwan

SDGs als Checkliste nutzen

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) mit ihren 17 SDG geben ambitionierte Vorgaben für die Transformation unserer Welt. Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, bezeichnete die Ziele in seiner Eröffnungsrede als Checkliste: „Sie sorgen dafür, dass wir weniger eindimensional handeln“, erläuterte er. Die SDGs verpflichteten uns, auf Querverbindungen zwischen verschiedenen Politikfeldern zu achten und die Kosten und Nutzen unseres Handelns abzu-

wiegen. Keynote-Rednerin Mariam Yunusa, Ehemalige Direktorin Partner und Inter-Agency Koordination bei UN-Habitat sowie des World Urban Forums, erinnerte daran, dass die SDGs aus einem beispiellosen Prozess von unten nach oben hervorgegangen seien. Die Ziele betreffen alle Menschen in ihrem täglichen Leben. „Das macht die Ziele sexy!“ so ihre Sicht.

Für Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform und Co-Vorsitzende des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Deutschland, gehen die SDGs nicht weit genug. Denn die SDGs bilden zwar die ungemeine Komplexität der Welt ab. Es fehlt aber eine konkrete Anleitung, wie die Ziele umgesetzt werden sollen. Für Schwan ist das wiederum kein Grund zu verharren: „Angesichts der Probleme und Interdependenzen in der Welt kann man entweder verzweifeln oder einfach anfangen, etwas zu tun!“, so ihr Aufruf.

Kommunen sind Orte der Innovation

Die Keynote-Rednerinnen waren sich einig, dass gerade in Kommunen, Städten und Regionen Veränderung stattfindet, da sich dort die konkretesten Herausforderungen stellen: „Da, wo die Menschen sich begegnen und sich austauschen, da können wir etwas bewegen“, so Yunusa. Für Gesine Schwan sind Kommunen Orte der Innovation. Dass man gemeinsam mehr schaffen kann, werde besonders deutlich in den Politikfeldern Energie, Klima, Mobilität oder Integration. Die Integration von Flüchtlingen sei dabei nur ein Aspekt unter vielen, die eine pluralistische Gesellschaft leisten müsse. Integration – nicht nur, aber auch von Flüchtlingen – erfordere ein neues System, so Schwan: „Integration sollte ein Anreiz zur Entwicklung sein, keine Last.“ Nur im Zusammenwirken von Politik, Unternehmen und organisierter Zivilgesellschaft könnten sich Gemeinschaften die SDGs wirklich zu Eigen machen.

Auch für Mariam Yunusa sind lokale Partnerschaften wichtig: „Sie bringen frische Ideen, Würze und Wettbewerb in die Politik“, lobte sie. Der Erfolg lokaler Partnerschaften hänge jedoch nicht nur von ihrer eigenen Arbeit, sondern auch vom Willen der nationalen Regierungen ab: Wie sehr wollen sie, dass Städte und Regionen die SDGs umsetzen und gestalten? Nationale Regierungen müssten die Erfahrungen der lokalen Ebene aufnehmen. Gleichzeitig benötigen lokale Regierungen finanzielle und strukturelle Unterstützung sowie Vertrauen, um das Zusammenleben vor Ort nachhaltig zu gestalten. Nationale Regierungen würden die Bedeutung der lokalen Ebene zunehmend erkennen.

Wie wichtig lokale Politik für die Umsetzung globaler Ziele ist, hob auch Ashok-Alexander Sridharan, Oberbürgermeister der Stadt Bonn, hervor. Während

der UN-Klimakonferenz, die im November 2017 in Bonn stattfand, erlangten Städte und Kommunen durch eine eigene Bürgermeisterkonferenz besondere Aufmerksamkeit. Mehr als 1.000 Delegierte nahmen teil, davon 330 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus aller Welt. „Nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen war es besonders wichtig,



Mariam Yunusa

dass so viele Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Gouverneure aus den USA da waren. Sie sagen ‚es ist uns egal, was das Weiße Haus macht. Wir kämpfen weiter für das Zwei-Grad-Ziel‘“, berichtete Sridharan.

Für Fortschritt kämpfen!

Dass es auch schwierig sein kann, gesellschaftlichen Fortschritt zu erkämpfen und dieser nicht immer in Einigkeit und Harmonie beschlossen wird, verdeutlichte Martin Herrndorf vom Colabor | Raum für Nachhaltigkeit aus Köln: „Wir sind uns alle einig, dass die SDGs wichtige Ziele sind. Aber in Kommunen stehen jeden Tag Autofahrer Fahrradfahrern gegenüber. Die Turnhalle soll nicht für Flüchtlinge umgewidmet werden. Jeder möchte zunächst einmal seine eigenen Ziele durchsetzen“, rief er ins Gedächtnis. Deshalb seien in Städten nicht nur die konkreten Bedürfnisse der Menschen, sondern auch die dadurch entstehenden Zielkonflikte spürbar. Diese müssten ausgehandelt werden: „Beim Wandel gibt es immer auch Verlierer. Aber die müssen wir mitnehmen. Wir müssen darüber reden, wie wir umverteilen wollen: Energie, Arbeitsplätze, öffentlicher Raum. Wer bekommt was?“, regte er an. Heinrich Bruns, Leiter des Amtes für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit der Stadt Münster, bekräftigte Herrndorfs Aufforderung zum Dialog. Das Aushandeln der Interessen von Fahrrad- und Autofahrern in Münster habe einen Lernprozess in der Stadtverwaltung in Gang gesetzt. „Sich mit denjenigen, die Neuerungen ausbremsen wollen, an einen Tisch zu setzen,

ist nicht immer leicht. Aber es hilft“, ermunterte er. Mirko Heid, Fachbereichsleiter Konzernentwicklung der Stadtwerke Bonn, kontierte aus Sicht des Unternehmens, Verkehrsplanung könne nicht immer neu gestalten. Sie müsse auch das aktuelle Nutzungsverhalten abbilden.

Die große Frage sei schließlich, so Herrndorf, wie nicht nur einzelne Projekte gelingen, sondern eine komplette Stadt verändert werden könne. Der Ansatz von Colabor sei einfach, aber effektiv: Die Menschen sollen erfahren, schmecken und riechen, wie es sich in einer nachhaltigen Stadt leben würde. Einmal im Jahr findet deshalb „Der Tag des guten Lebens“ in einem Kölner Stadtteil statt. 2017 wurden 25 Straßen abgesperrt, 25.000 Anwohner nach ihren Ideen befragt. Es wurde gekocht, gegärtnert und Yoga gemacht; eine Bushaltestelle wurde in ein Wohnzimmer umfunktioniert. Für Herrndorf am Wichtigsten: Menschen allen Alters reden darüber, wie sie den öffentlichen Raum gerne gestalten würden. Er ermunterte die Teilnehmenden Veränderungen anzustoßen: „Seien Sie mutig und wagen Sie Experimente!“

Beispiele für erfolgreiche lokale Partnerschaften

Ein solches Experiment wagt die norwegische Gemeinde New Asker. In Norwegen findet aktuell eine Gebietsreform statt, bei der Kommunen zusammengelegt werden. Der Grund: Aktuell gibt es für sechs Millionen Norweger über 400 Gemeinden. Dieser administrative Aufwand soll verringert werden. New Asker wird eine solche neue Kommune sein: Bis 2020 sollen 120.000 Menschen aus bislang drei Kommunen in der neuen Gemeinde leben. Stine-Lise



Patrick Leusch (Moderation) und Addis Mulugeta (v.l.n.r)

Hattestadt Bratsberg von Pure Consulting in Oslo berät die Bürgermeisterin der neuen Gemeinde. Sie erklärt ihren Ansatz so: „Für New Asker muss alles

von Grund auf neu geplant werden. Warum nicht direkt die SDGs dazu nutzen? Sie helfen dabei, das Denken in Silos zu überwinden.“ Die SDGs sollen der übergreifende Rahmen für alle Planungen sein und den Gemeindeentwicklungsplan mit der regionalen und nationalen Entwicklungsstrategie verzahnen. Auch die Stadt Utrecht versucht, alle existierenden und neuen Politiken auf die SDGs zu beziehen. Die Stadt hat ein Dashboard entwickelt, das dem Stadtrat zeigen soll, welchen Einfluss seine Entscheidungen auf die verschiedenen SDGs haben.

Nachhaltigkeit durch Sportgroßveranstaltungen?

Einen anderen Weg, um Wandel in der Stadt nachhaltig umzusetzen, geht Rio de Janeiro. „Für uns waren die Olympischen Spiele 2016 eine gute Entschuldigung, nachhaltige Investitionen an Land zu ziehen“, erläuterte Gabrielle Guimarães, Seniorberaterin für multilaterale Zusammenarbeit und Planung der Stadt Rio de Janeiro. Zusammen mit dem Privatsektor investierte die Stadt vor allem in Wasserversorgung, Sicherheit und Bildung. Die Stadt Minsk möchte einen ähnlichen Weg gehen, wie Igor Viktorovich Jurkewitsch, Stellvertretender Vorsitzender des Minsk City Executive Committee berichtete. Die Stadt plane Sportgroßveranstaltungen, wie die Europaspiele oder die Eiskunstlaufweltmeisterschaften im Jahr 2019. Diese könnten Anstoß für Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur sein.

Für Guimarães ist die gerechte Verteilung eingeworbener Finanzmittel elementar, um eine nachhaltigere Stadt zu gestalten. Rio gilt laut Statistik als reiche Stadt; der Reichtum kommt aber nicht allen Stadtteilen zu Gute. Es sei deshalb wichtig, von den Bedürfnissen der Menschen auszugehen und nicht in einzelnen Themen zu denken: „Jeder Mensch hat Bedürfnisse in allen Politikfeldern!“ Sie schloss sich Stine-Lise Hattestadt Bratsberg in ihrem Aufruf an, durch Partnerschaften das Denken in Silos und Politikfeldern zu überwinden. Um besonders Bedürftige in den Mittelpunkt der Politik zu stellen, müsse man jedoch mehr über sie erfahren: Was brauchen sie? Welche Dienstleistungen erreichen sie? Was ist überflüssig?

Energie als Aufhänger für lokale Partnerschaften

Dass es sinnvoll sein kann, eine lokale Partnerschaft auf ein Thema zu fokussieren, zeigte Dr. Peter Pluschke, Referent für Umwelt und Gesundheit der Stadt Nürnberg. In der MetropolRegion Nürnberg sind 34 Gemeinden organisiert. Die Region hat einen Klimapakt verabschiedet, den Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam mit Partnern aus der Industrie

erarbeitet haben. Für Pluschke ist klar, dass gerade in der Energiepolitik Fortschritte nur gemeinsam erzielt werden können: „Ein groß angelegtes dezentrales Energieversorgungssystem kann nur durch Kooperation mehrerer Kommunen gelingen“, so sein Resümee.

Dass Energie sich besonders gut eignet, um lokale Partnerschaften aufzubauen, berichtete auch Tasneem Essop aus Südafrika. Sie hat im Jahr 2016 die Energy Democracy Initiative gegründet. Ihr Ziel: Menschen in Gemeinden mit dem notwendigen Knowhow ausstatten, um langfristig dezentrale regenerative Energieversorgungssysteme zu etablieren. In vier Pilotgemeinden werden „Energy Democracy Champions“ ausgebildet. In drei Projektphasen entwickeln sie zusammen mit ihren Gemeinden die für sie passenden regenerativen Energiesysteme. Dabei sollen die Gemeinden selbst entscheiden, welche Partner ihnen die notwendige Unterstützung geben können. Die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger steht im Mittelpunkt des gesamten Prozesses.

„Co-creation“ als Erfolgsfaktor

Ariane Bischoff und Evelyn Wurm berichteten von ihren Erfahrungen in der Netzwerkarbeit in Solingen. Dort wird – innerhalb des Projekts „Global nachhaltige Kommune NRW“ der SKEW – die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt in einem partnerschaftlichen Prozess mit Vertreterinnen und Vertretern aus



Workshop zum Thema „Gemeinsam kommunale Nachhaltigkeitsstrategien erarbeiten“

Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft erarbeitet. Die breite Bürgerschaft wurde vor allem durch Nachhaltigkeitskonferenzen einbezogen. Für einen glaubhaften Prozess sei es wichtig, dass alle Ideen, Anregungen und Vorschläge einbringen können. Auch die Mitwirkung an der Entscheidungsfindung sei wichtig. Die Schwelle dürfe jedoch nicht zu hoch sein. „Beteiligung muss zu den Menschen kommen“, zeigten sich Bischoff und Wurm überzeugt.

In Somalia möchte Abdihakim Ainte ebenfalls möglichst viele Menschen für die Umsetzung der SDGs sensibilisieren. Er hat mit iRise Hub ein Technologie- und Innovationszentrum in Mogadischu gegründet. Ziel von iRise ist es unter anderem, junge Menschen zusammenzubringen und ihre Potentiale zu fördern. iRise bietet z.B. Programmierkurse an, damit junge Menschen in Zukunft selbst Online-Plattformen entwickeln können, die beispielsweise Informationen zu den SDGs enthalten. Gleichzeitig möchte iRise selbst dazu beitragen, die SDGs bekannter zu machen. Ainte und seine Mitstreiter arbeiten an einer Übersetzung der SDGs in lokale Sprachen. Sie möchten ein Portal entwickeln, das in einfacher Sprache erklärt, was die SDGs sind und welche Lebensbereiche sie betreffen. „Die Diskussion zu nachhaltiger Entwicklung wird häufig nur von Eliten geführt. Wir möchten auch die normalen Menschen an der Diskussion teilhaben lassen“, erklärte Ainte.

Der passende Begriff für das, was erfolgreiche lokale Partnerschaften gemeinsam haben, wurde in der Diskussion schnell gefunden: „Co-creation“, das Mitgestalten aller Beteiligten. In Utrecht ist das teilweise schon Realität. In der Stadt wurde die Kampagne „Utrecht 4 Global Goals“ von der Bürgerschaft entwickelt. „Die komplette Initiative wird von der organisierten Zivilgesellschaft geleitet. Die Stadt organisiert nichts, sie kommt nur zu den Veranstaltungen“, so Isabel van de Ven, Koordinatorin internationale Angelegenheiten der Stadt Utrecht. Auch eine sprachliche Regelung hat man hier gefunden. „Wir sprechen nicht von den SDGs. Wir sprechen von den globalen Zielen“, erklärte van de Ven. „Mit dem Begriff können viel mehr Leute etwas anfangen als mit einer englischen Abkürzung.“

Daten sind Grundlage

Technische Begriffe wie Daten und Indikatoren schrecken viele Menschen ebenfalls ab. Für Melika Edquist vom Sustainable Development Solutions Network (SDSN) in New York können Daten jedoch ein Türöffner sein, um Diskussionen über nachhaltige Entwicklung anzustoßen. Denn über die Erhebung von Daten aus ihrem Alltag verstünden viele Menschen erst, was die SDGs mit ihrem Leben zu tun haben. Camilo Andrés Gamba Gamba aus dem Public Innovation Lab im Büro des Bürgermeisters von Bogotá sieht das ähnlich. Die Stadt möchte künftig aus Beschwerden, Empfehlungen und Forderungen der Bürger Daten generieren, die für die Umsetzung nachhaltiger Politik genutzt werden. Es sei wichtig, erhobene Daten offen zu legen. So könnten Bürgerinnen und Bürger an der Weiterentwicklung lokaler Politik mitwirken. „Daten sind mehr als Zahlen. Es steht immer Politik dahinter“, so Gamba Gamba. „Daten sollten jedoch keinen Wettbewerb auslösen. Sie müssen sich ergänzen“, forderte er.

Städtepartnerschaft oder Kooperation?

Nicht nur Partnerschaften innerhalb von Städten und Regionen tragen zur Umsetzung der SDGs bei. Auch Partnerschaften zwischen Städten können eine wichtige Rolle im Wandel hin zu mehr Nachhaltig-



Eckhardt Huber und Bernard Nenghabi Tosam (v.l.n.r)

keit spielen. Die Begegnung der Stadtbevölkerungen und deren Sensibilisierung für neue Themen ist ein wichtiger Faktor. Städte gehen dabei unterschiedliche Wege zwischen formalen Partnerschaften oder projekt- bzw. themenbezogenen Kooperationen. Die Stadt Leipzig integriert die SDGs sukzessive in ihre bestehenden 14 Partnerschaften. Bei neuen Partnerschaften werden die Themen von Anfang an mitgedacht. Die Stadt musste nach der Wiedervereinigung selbst einen grundlegenden Transformationsprozess durchlaufen. Dr. Gabriele Goldfuß, Referatsleiterin Internationale Zusammenarbeit der Stadt Leipzig, berichtete, dass im Zuge dessen auch der Sinn der Städtepartnerschaften überdacht wurde. Jede Städtepartnerschaft habe ihre eigene Spezifik. Die Themenfülle und Querverbindungen der Agenda 2030 böten jedoch viele Chancen: Früher seien z.B. Kulturpartnerschaften von der Wirtschaftsförderung der Stadt belächelt worden. Heute gebe es viel mehr Offenheit dafür, wie internationale Themen Leben in die Stadt bringen können. Für Goldfuß liegt der Vorteil formaler Partnerschaften auf der Hand: Der entsprechende Stadtratsbeschluss ermöglicht Zugang zum Budget der Stadtverwaltung. Somit muss nicht erst die Grundfinanzierung einzelner Projekte eingeworben werden.

Die Stadt Utrecht geht einen anderen Weg: Sie hat keine formale Städtepartnerschaft. Stattdessen kooperiert sie mit zahlreichen Städten zu verschiedenen Themen. „Auch diese Kooperationen können über Jahrzehnte andauern“, erläuterte Desiree van de Ven. Mit Stuttgart ist Utrecht z.B. im Austausch über Erneuerungs- und Partizipationsprozesse. Mit León in Nicaragua bestand 32 Jahre lang eine Kooperation.

Innerhalb dieser pflanzten u.a. lokalen Bauern Bäume, um ein Einkommen zu generieren. In der Zwischenzeit hat die Suchmaschine Ecosia in das Projekt investiert, die Partnerschaft zwischen den Städten wurde beendet. „Man muss auch wissen, wann eine Kooperation keinen Sinn mehr macht. Dann ist es gut, wenn man sie beenden und sich neuen Projekten widmen kann“, erklärte van de Ven. Nun unterstützt Utrecht den Aufbau lokaler Strukturen in Uganda: Die Universität hat sich dem Projekt angeschlossen, lokale Firmen wirken ebenfalls mit. So entsteht langsam ein Netzwerk lokaler Akteure, von dem beide Seiten profitieren. Für die niederländische Stadt reiche es nicht, Dinge in der Partnerstadt zu verändern. „Es muss immer auch ein Lernprozess für unsere Stadt und möglichst auch ein Geschäftsmodell dabei sein“, so van de Ven.

Eine Teilnehmerin kritisierte, dass sie als Bürgerin in deutschen Kommunen nicht das Gefühl habe, in den Partnerschaften ihrer Stadt eine Rolle zu spielen. „Man hört, dass Delegationen kommen und gehen, aber der Austausch mit der Zivilgesellschaft fehlt“, bemängelte sie. „Gerade in Städtepartnerschaften sollten die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden!“, so ihre Forderung.

Das versuchen Städte aus Deutschland und dem globalen Süden durch sogenannte Klimapartnerschaften, die von der SKEW gefördert werden. Eckhardt Huber, Leiter der Stadtwerke Horb am Neckar, und Bernard Nenghabi Tosam, Bürgermeister der Stadt Belo in Kamerun, sind eine solche Partnerschaft eingegangen. Ziel beider Städte ist es nicht nur, die Klimabilanz zu verbessern. Gleichzeitig sollen die Bürgerinnen und Bürger für Klimaschutzmaßnahmen und gemeinsame Herausforderungen sensibilisiert werden.

Moderne Städtenetzwerke – mehr als Austausch!

Viele Städte nutzen auch die Arbeit internationaler Städtenetzwerke, um Nachhaltigkeit in verschiedenen Politikfeldern voranzubringen. Städtenetzwerke legen in ihrer Arbeit unterschiedliche Schwerpunkte. ICLEI – Local Governments for Sustainability arbeitet z.B. mit den Städten, die im jeweiligen Politikfeld zu den Spitzenreitern zählen. „Das macht es uns leichter, da wir die Städte nicht erst motivieren müssen, sich für mehr Nachhaltigkeit zu engagieren“, sagte Monika Zimmermann, Stellvertretende Generalsekretärin von ICLEI. Das Netzwerk hat zehn Politikfelder identifiziert. Für die Entwicklung und Umsetzung von Innovationen vor Ort komme es aber v.a. auf lokale Partnerschaften an.

Das Städtenetzwerk Platforma verbindet Städte und Regionen in Europa, die ein Interesse an internationaler Entwicklung haben. Der Schwerpunkt von Platforma liegt in der Vertretung der Interessen von

Städten und Regionen gegenüber europäischen Institutionen. Nach innen bietet es den Mitgliedern die Möglichkeit, Wissen auszutauschen. Platforma systematisiert Erfahrungen in Publikationen und Studien, organisiert Konferenzen und gibt Hilfestellung bei der Anbahnung von Partnerschaften. Platforma setzt sich außerdem dafür ein, dass die nationalen Städte- und Gemeindeverbände in die Formulierung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien einbezogen werden. „Wenn wir uns einig sind, dass die Lokalisierung der SDGs wichtig ist, sollten Städte nicht nur in ihre Umsetzung einbezogen werden, sondern auch bei den Strategien mitreden dürfen“, forderte Laia Vinyes Marcé von Platforma.

Einen weiteren Ansatz für die Arbeit von Städtenetzwerken präsentierte Stacey-Leigh Joseph vom South African Cities Network. Das Netzwerk hat acht südafrikanische Städte verschiedener Größe als

Mitglieder. Es forscht zu den Herausforderungen von Städten und dazu, wie sich Städte zu den SDGs positionieren können. Alle fünf Jahre gibt das Netzwerk den South African Cities Report heraus. Der Bericht zeigt detailliert Fortschritte auf und bricht globale Abkommen und Ziele auf die lokale Ebene herunter. Das Netzwerk hat unter anderem die Agenda 2030 mit der Agenda 2063 der Afrikanischen Union (AU), der New Urban Agenda und dem Nationalen Entwicklungsplan Südafrikas abgeglichen und die für Städte relevanten Themen und Ziele herausgearbeitet. „Es gibt so viele verschiedene Strategien. Jemand muss den Städten übersetzen, was sie konkret für sie bedeuten“, erläuterte Joseph. Es bringe jedoch nichts, solche Ziele von oben herab zu erklären. „Wir müssen mit den Menschen in den Städten darüber reden, wie sie leben wollen. Wir müssen den öffentlichen Raum verändern und uns von unten nach oben arbeiten“, forderte sie.



Laia Vinyes Marcé, Monika Zimmermann und Stacey-Leigh Joseph (v.l.n.r)

Wichtig war den Vertreterinnen der Netzwerke, dass diese heute viel mehr sind als eine Plattform zum Erfahrungsaustausch. „Netzwerke forschen, übersetzen und leisten Lobbyarbeit“, fasste Zimmermann zusammen. Die SDGs hätten vielen Städtenetzwerken neuen Aufwind verpasst. Es sei zunehmend wichtig, dass Städte strategisch denken. Darüber hinaus geben Städtenetzwerke Städten die Möglichkeit, ihren Interessen auf internationaler Ebene Gehör zu verschaffen – wie beispielsweise in der Verhandlung der SDGs.

Trotz der vielen innovativen Ansätze aus verschiedenen Weltregionen blieb eine große Frage am Ende unbeantwortet: Wie gelingt es, gute Projekte und beispielhafte Partnerschaften innerhalb von und zwischen Städten zu einer grundlegenden Politikänderung zu verdichten? Wie kann eine umfassende urbane Transformation gelingen?

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Michèle Roth

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2018